

Beverly J. Silver, Lu Zhang

China als neuer Mittelpunkt der globalen Arbeiterunruhe¹

Es gehört zu den Standardargumenten in der Literatur zur Globalisierung, dass die rasante Industrialisierung Chinas der kollektiven Widerstandsfähigkeit von ArbeiterInnen den Todesstoß versetzt habe – im globalen Norden wie im globalen Süden. Die Mobilisierung der riesigen chinesischen Reserven an billiger und disziplinierter Arbeitskraft habe einen „Wettlauf nach unten“ entfesselt, der die Macht und das Wohlergehen der Arbeiter in einer endlosen Spirale immer tiefer drücke.

Die These, dass die Kapitalmobilität auf eindeutige Weise zu einem Wettlauf nach unten führt, muss trotz ihrer allgemeinen Verbreitung im Schrifttum aus theoretischen und empirischen Gründen in Frage gestellt werden. Historisch stoßen wir nämlich auf folgendes Muster: Zwar verlagert sich das Kapital auf der Suche nach billigerer oder gefügigerer Arbeitskraft immer wieder geografisch, aber letztendlich werden dadurch an den jeweils bevorzugten Produktionsstandorten neue Arbeiterklassen geschaffen und neue Zyklen des Klassenkonflikts hervorgerufen. Wenn wir uns anschauen, wie sich am Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts die Textilindustrie ausgehend von ihrem Ursprung im Vereinigten Königreich weltweit als Massenproduktion ausgebreitet hat (Silver 2005: Kapitel 3), oder wenn wir die Verbreitung der Massenproduktion von Autos in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts nach ihrem Start in den Vereinigten Staaten analysieren (Silver 2005: Kapitel 5), so wird ein wiederkehrendes Muster sichtbar. Unsere Gegenthese zu der Behauptung eines Wettlaufs nach unten lautet kurzgefaßt: *Wo das Kapital hingehet, folgt der Konflikt zwischen Arbeiterklasse und Kapital bald nach.*

1 Dieser Text erschien zuerst unter dem Titel: China as an Emerging Epicenter of World Labor Unrest, in: Ho-fung Hung (Hg.) (2009): *China and the Transformation of Global Capitalism*, Baltimore, Kapitel 9, S.174-187. Anm. d. Ü.: Der im englischen gebräuchliche Ausdruck „labor unrest“ bezeichnet ein breites Spektrum von Arbeitsunzufriedenheit bis hin zu massiven Kämpfen. Obwohl im Deutschen „Unruhe“ leicht mit gewaltsamen Auseinandersetzungen assoziiert wird, folgen wir hier der Übersetzung in *Forces of Labor* und übersetzen den Begriff mit „Arbeiterunruhe“; siehe dort die Anmerkungen zur Übersetzung (Silver 2005: 11f.).

1. Wohin das Kapital auch geht, der Konflikt folgt ihm

Wir wollen zeigen, dass sich diese Gegenthese am Beispiel der aktuellen Entwicklungen in China empirisch belegen lässt. Die massenhafte Verlagerung von Kapital nach China und die verstärkte Kommodifizierung der Arbeitskraft seit Mitte der 1990er Jahre sind mit einer ansteigenden Welle der Arbeiterunruhe in China verbunden. Ausweislich offizieller chinesischer Statistiken steigerten sich die Massenproteste von 10.000 Vorfällen mit 730.000 Beteiligten im Jahr 1993 auf 60.000 Vorfälle, an denen über 3 Millionen Protestierende beteiligt waren, im Jahr 2003. Außerdem ist die Zahl der Klagen, die von ArbeiterInnen bei den staatlichen Arbeitsschiedskomitees eingereicht wurden, kontinuierlich von 78.000 im Jahr 1994 auf über 800.000 im Jahr 2003 angestiegen (White 2007).²

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gingen massenhafte Proteste vor allem von den aus den Staatsbetrieben entlassenen ArbeiterInnen aus. 1994 war ein Gesetz zur Umstrukturierung der Betriebe verabschiedet worden, das den Staatsbetrieben die Möglichkeit von Massenentlassungen einräumte. Es gehörte zu einer Reihe von Maßnahmen, mit denen die Produktionsprozesse den Bedingungen der internationalen Konkurrenz angepasst werden sollten. Damit wurden die Lebensweise und die Existenzsicherung der städtischen Arbeiterklasse angegriffen, wie sie in der Zeit von Mao geschaffen worden waren. Die Zerschlagung der als „eiserne Reisschale“ bezeichneten sozialen Absicherung führte zu einer Welle von Fabrikbesetzungen und Straßenprotesten in „Chinas Rustbelt“ (Lee 2007). Anders ausgedrückt handelte es sich um Proteste von ArbeiterInnen, die sich am „zerstörerischen“ Ende der Schumpeterschen „schöpferischen Zerstörung“ befanden. Ihre Aktionen könnten wir als Proteste des polanyischen Typs bezeichnen, da ihrer Klasse und ihren Gemeinschaften die Grundlagen entzogen wurden (Silver 2005).

In der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gab es kaum Anzeichen von offenen Protesten der jungen WanderarbeiterInnen, die es vom Land in die Küstenregionen zog. Diese migrantischen ArbeiterInnen wurden im Allgemeinen dem unerschöpflichen Angebot an billiger Arbeitskraft zugerechnet, das die ländlichen Gebiete Chinas bereitstellten. Daher gingen die meisten Beobachter davon aus, dass sie erst nach langer Zeit (wenn überhaupt) gegen ihre Löhne und Arbeitsbedingungen protestieren würden. Als 2004 die Fabriken im boomenden Perflussdelta „überraschend von einer Reihe von Streiks und Arbeitsniederlegungen“ getroffen wurden, war das nicht nur „ein Schock für die aus-

2 Diese Zahlen sind natürlich mit Vorsicht zu genießen. Im Verhältnis zu Chinas Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen wirken diese offiziellen Angaben nicht sonderlich beeindruckend. Dramatisch ist jedoch der extreme Anstieg der ausgewiesenen Fälle (und die offiziellen Zahlen zu Massenprotesten werden höchstwahrscheinlich nur einen kleinen Teil des wirklichen Geschehens abbilden).

ländischen und chinesischen Fabrikbesitzer“ (Cody 2004), sondern stellte auch die vorherrschende Erzählung von einem Wettlauf nach unten in Frage. Die Verlagerung des Kapitals nach China hat tatsächlich eine neue und zunehmend kämpferische Arbeiterklasse geschaffen – ein Ergebnis der „schöpferischen“ Seite der schöpferischen Zerstörung.

Im Gegensatz zu vielen BeobachterInnen, die die zunehmende Arbeiterunruhe in China als lokal begrenzten, unpolitischen und „zellulären“ Aktivismus relativieren (Lee 2007), halten wir es für einen Fehler, die potentielle Schlagkraft dieser Kampfformen zu unterschätzen. Wie Frances Fox Piven und Richard A. Cloward in *Aufstand der Armen* gezeigt haben, beruhen viele Erfolge solcher Bewegungen gerade nicht auf der Entwicklung von formalen Organisationen, die eine Übernahme der Staatsmacht anstreben. Vielmehr sind die Mächtigen zu Konzessionen gezwungen, weil sie auf die Ausbreitung massiver „spontaner“ Störungen von unten und die Gefahr der „Unregierbarkeit“ reagieren müssen.

Die Zunahme der lokal begrenzten, unpolitischen und spontanen Arbeiterkämpfe, die von beiden Enden der schöpferischen Zerstörung ausgingen, ließ (zusammen mit der Eskalation sozialer Konflikte um Grundeigentum und ökologische Zerstörungen in ländlichen Regionen) um die Jahrhundertwende tatsächlich das Gespenst einer möglichen Unregierbarkeit auftauchen, falls China den seit Mitte der 1990er Jahre eingeschlagenen Entwicklungspfad weiterverfolgen sollte. Nicht zuletzt diese Befürchtung war es, die Chinas Zentralregierung dazu brachte, wesentliche Veränderungen einzuleiten – zunächst in ihrer Rhetorik, später in konkreten sozialpolitischen Maßnahmen. In den Jahren 2003 bis 2005 begannen Zentralregierung und Kommunistische Partei, sich von der einseitigen Konzentration auf das Anlocken ausländischen Kapitals und die Förderung ökonomischen Wachstums um jeden Preis zu verabschieden, und propagierten die Idee einer „neuen Entwicklungsweise“, mit der im Rahmen der „harmonischen Gesellschaft“ die Ungleichheit zwischen Klassen und Regionen abgemildert werden sollte (siehe zum Beispiel *People's Daily* 2005). In ähnlicher Weise ergänzte 2003 die offizielle Gewerkschaft, der chinesische Gewerkschaftsbund ACFTU (*All-China Federation of Trade Unions*), aus Sorge um die zunehmende Unruhe und die Gefahr „gesellschaftlicher Instabilität“ ihre Satzung um einen Passus, der „den Schutz der Arbeiterrechte zur vorrangigen Aufgabe“ machte (Chan 2003); 2007 sprach Staatspräsident Hu Jintao in seinen Reden von der Bedeutung, „die legitimen Rechte und Interessen der Arbeiter“ zu schützen (*Xinhua* 2008).

Spätestens 2007 zeichnete sich auch ab, dass die Veränderungen über bloße Rhetorik hinausgehen würden. Ihren wichtigsten und greifbarsten Ausdruck fand diese Tendenz im neuen Arbeitsvertragsgesetz, das am 1. Januar 2008 in Kraft trat. Unter anderem fördert das neue Gesetz die Arbeitsplatzsicherheit, indem es das Recht der Unternehmer, nach Gutdünken einzustellen und zu entlassen, deutlich einschränkt. Außerdem wird die Rolle der Gewerkschaften

gestärkt. Das neue Gesetz zu den arbeitsrechtlichen Schiedsgerichten, das im Mai 2008 in Kraft trat, befreit ArbeiterInnen von den Gebühren für Anklagen gegen ihre Unternehmer. Und 2006 initiierte der ACFTU aus Verärgerung über die Weigerung von Wal-Mart, die offizielle Gewerkschaft in ihren Läden zuzulassen, eine beispiellose Basismobilisierung von ArbeiterInnen in den Wal-Mart-Filialen. Die öffentlichkeitswirksame (und schließlich erfolgreiche) Kampagne wurde vom ACFTU als Modell propagiert, um auch in anderen widerstrebenden Firmen in China die gewerkschaftliche Organisierung durchzusetzen (*Business Watch* 2006; siehe auch Chan 2006).

Das neue Arbeitsvertragsgesetz scheint von der Zentralregierung und daher auch von Großbetrieben durchaus ernst genommen zu werden. Als die Firma Huawei – ein großer, in chinesischem Besitz befindlicher Technologiekonzern – alle seit mehr als zehn Jahren beschäftigte ArbeiterInnen zusammenrief und aufforderte, freiwillig zu kündigen und neue Arbeitsverträge zu unterschreiben, um so die gesetzliche lebenslange Beschäftigungsgarantie für langfristig Beschäftigte zu unterlaufen, griff die Zentralregierung ein und unterband dieses Manöver; in den Massenmedien sah sich die Firma einer breiten kritischen Berichterstattung ausgesetzt (*ChinaTechNews.com* 2007; *Global Labor Strategies* 2007). Im Januar 2008 plante ein großer Montagebetrieb in der Automobilindustrie, eine ganze Fabrik ausschließlich mit LeiharbeiterInnen zu betreiben, musste den Plan aber aufgeben, weil man befürchtete, mit den Bestimmungen des neuen Arbeitsvertragsgesetzes in Konflikt zu geraten.³

Das *Wall Street Journal* wies im Februar 2008 auf das neue Kräfteverhältnis zwischen ArbeiterInnen und Unternehmern in China hin. Aussagen von Unternehmern fasste es dahingehend zusammen, dass mit diesem Gesetz eine neue Zeit höherer Produktionskosten anbreche, weil sich „die Verhandlungsmacht zu Gunsten der Beschäftigten verschoben hat und die ArbeiterInnen sich ihrer Rechte bewusst werden“ (Fong/Canaves 2008).

Zwischen dem chinesischen Arbeitsvertragsgesetz von 2008 und dem 1935 in den USA verabschiedeten *National Labor Relations Act* besteht eine aufschlussreiche Analogie. In beiden Fällen reagierten die Regierungen einerseits auf die Gefahr gesellschaftlicher Instabilität aufgrund zunehmender Arbeiterunruhe und andererseits auf die drohende ökonomische Instabilität angesichts einer sich mehr oder weniger deutlich abzeichnenden „Unterkonsumtionskrise“. Die neue Gesetzgebung sollte in beiden Fällen die Arbeiterrechte klar definieren und ausweiten, zugleich aber die Arbeiterunruhe in verrechtlichte und routinemäßige Bahnen lenken.⁴ Heute wissen wir, dass der *National*

3 Interview von Lu Zhang mit einem Firmenmanager, Beijing, Januar 2008.

4 Diese Anliegen gehen aus den ersten beiden Paragrafen des *National Labor Relations Act* hervor. Der Gesetzestext findet sich unter: http://www.nlr.gov/about_us/overview/national_labor_relations_act.aspx (abgerufen am 12. November 2008).

Labor Relations Act in den USA zum Katalysator einer massiven landesweiten Streikwelle in den Jahren 1936 und 1937 wurde, die auf grundlegende Weise die industriellen Beziehungen der Vereinigten Staaten umwälzte. Die ArbeiterInnen fühlten sich ermutigt, ihre Rechte gegenüber unnachgiebigen Unternehmern durchzusetzen. Es ist durchaus denkbar, dass das Arbeitsvertragsgesetz von 2008 in ähnlicher Weise zum Katalysator einer Welle von Arbeiterkämpfen in China werden könnte – insbesondere wenn die Unternehmer (wie zu erwarten ist) versuchen, das Gesetz zu unterlaufen, und die Schlichtungsinstanzen dadurch mit einer solchen Zahl von Fällen überlastet werden, dass sie die Beschwerden der ArbeiterInnen nicht zügig erledigen können. Unter diesen Umständen werden die ArbeiterInnen es vorziehen, zum Mittel der direkten Aktion zu greifen.

Es ist also eine naheliegende Vermutung, dass China in absoluten Zahlen (von nachweisbaren offenen Unruhen) *und* hinsichtlich der Auswirkung auf die Dynamik und Perspektive des globalen Kapitalismus zum Epizentrum der weltweiten Arbeiterunruhe werden und sich diese Entwicklung im kommenden Jahrzehnt noch verschärfen wird. Um abschätzen zu können, was diese Arbeiterunruhe für ArbeiterInnen innerhalb und außerhalb von China, aber auch für die Entwicklung des Weltkapitalismus bedeuten könnte, werden wir nun eine Reihe weiterer analytischer Werkzeuge einführen.

2. Räumliche „Fixierungen“, Produktzyklen und die Entwicklung des globalen Kapitalismus

Wenn wir aus der Dynamik des historischen Kapitalismus den Schluss ziehen können „Wo das Kapital hingeht, kommt der Konflikt hinterher“, dann gibt uns die Analyse dieser Dynamik auch Aufschluss darüber, mit welchen Antworten des Kapitals auf die Arbeiterunruhe und die steigenden Kosten in China zu rechnen ist. So hat das Kapital in den letzten 150 Jahren auf Arbeiterunruhe zum Beispiel mit Produktionsverlagerungen an Standorte reagiert, an denen es billigere oder gefügigere Arbeitskräfte finden konnte („räumlicher fix“⁵), sowie durch technologische und organisatorische Veränderungen im Produktionsprozess („technologischer fix“; Silver 2005: Kapitel 2 und 3). Diese allgemeinen theoretischen Erkenntnisse bilden ein kritisches analytisches Instrumentarium, um die gegenwärtige globale Dynamik zu verstehen, auch wenn klar ist, dass die mechanische Anwendung einer allgemeinen Theorie

5 Anm.d.Ü. Der „fix“ in dem auf David Harvey zurückgehenden Ausdruck „spatial fix“ greift die Doppelbedeutung von „fix“ im Englischen auf: einerseits Fixierung und Festsetzung von Kapital an bestimmten Orten, andererseits eine immer nur vorübergehende „Lösung“ der aus dem Klassenkonflikt resultierenden Probleme. Um diese doppelte Bedeutung zu unterstreichen, wird in der Übersetzung der Ausdruck „fix“ beibehalten. Siehe die Anmerkungen zur Übersetzung von *Forces of Labor* (Silver 2005: 13).

nicht ausreicht. In diesem Abschnitt gilt es vielmehr, die Theorie historisch und geografisch zu verorten und zu konkretisieren, um die heutigen Tendenzen des globalen Kapitalismus besser erfassen zu können.

2.1 Räumlicher Fix

Aus vielen Einzelberichten lässt sich erkennen, dass die Fabrikbesitzer in arbeitsintensiven Industriezweigen auf der Suche nach Produktionsstandorten mit geringeren Lohnkosten sind. Dem *Wall Street Journal* zufolge findet der Umbruch in der Kostenstruktur von Guangdong und im Perlfussdelta „einen weltweiten Widerhall“, da die Fabrikbesitzer an „neuen Standorten weiter im Landesinneren Chinas“ investieren oder sich „ärmeren Ländern mit geringeren Lohnniveaus“ wie Vietnam oder Bangladesch zuwenden (Fong/Canaves 2008; siehe auch Bradsher 2008). Aus den umfangreichen Feldstudien von Zhang (2008)⁶ in sieben größeren Fabriken der Automobilmontage ist zu erkennen, dass die Automobilunternehmen trotz des Entwicklungsplans der Zentralregierung zur Konzentration der Autoindustrie in ausgewählten Städten Produktionseinheiten in neuen Regionen aufbauen. Sie reagieren damit zum einen auf Angebote von örtlichen Regierungen, die um die Ansiedlung der Autoindustrie konkurrieren, zum anderen auf (tatsächliche oder vermutete) Unterschiede in den Kosten und der Fügsamkeit der Arbeitskräfte in den verschiedenen Regionen Chinas.

Als in anderen spät industrialisierten Ländern (wie Brasilien und Südafrika in den 1970er und 1980er Jahren) starke Arbeiterbewegungen entstanden, waren sie von massiver Kapitalflucht und Deindustrialisierungsprozessen betroffen. So kam es in den Industriegebieten von São Paulo (dem Herz der brasilianischen Arbeiterbewegung) zu Massenentlassungen, als das Kapital an neue Standorte innerhalb und außerhalb von Brasilien floh. Die Auswirkungen dieses „räumlichen fix“ auf die brasilianische Arbeiterbewegung lassen sich z.B. am Mitgliederschwund der Metallgewerkschaft in den Vororten von São Paulo in den 1990er Jahren ablesen: von 202.000 Mitgliedern im Jahr 1987 fiel die Zahl bis 1992 auf 150.000 und bis 1996 auf 130.000 (Silver 2005: 81).

Lässt die brasilianische Erfahrung Rückschlüsse auf eine ähnliche Entwicklung in China zu? Auf der einen Seite kommt es schon jetzt zu ersten Verlagerungen, obwohl die Arbeiterunruhe in China noch nicht das Ausmaß oder die Intensität erreicht hat, wie sie Brasilien Mitte der 1980er Jahre erlebte. Auf der anderen Seite spricht einiges dagegen, dass eine massenhafte Kapitalflucht aus China auf der Tagesordnung stehen könnte. Es wurde darauf hingewiesen (siehe z.B. Arrighi 2007), dass die Verlagerung von Investitionen nach China nur zum Teil durch billige Arbeitskraft motiviert ist. Darüber hinaus existieren

6 Anm. d. Ü. Mittlerweile hat Lu Zhang ihre Dissertation zu diesem Thema abgeschlossen (Zhang 2009).

starke Anreize, die auch im Fall drastisch ansteigender Lohnkosten bestehen bleiben würden: produktivitätssteigernde Agglomerationseffekte durch planmäßig entwickelte Industrieregionen und -netzwerke, eine gesunde und qualifizierte Arbeitsbevölkerung (zum größten Teil das Erbe der Investitionen in Gesundheitsversorgung und Alphabetisierung während der Mao-Ära), eine gut ausgebaute Infrastruktur für Transport und Logistik sowie die Größe des inneren Markts. Letzterer würde mit steigenden Löhnen sogar an Bedeutung gewinnen und marktorientierte Investitionen in China umso attraktiver machen.

Der Zugang zum chinesischen Markt wird natürlich nicht durch Verlagerungen *innerhalb* Chinas gefährdet (wie der Zugang zum US-amerikanischen Markt nicht durch die massenhafte Verlagerung der Industrie von den Nord- in die Südstaaten nach dem Zweiten Weltkrieg gefährdet wurde). Da die wichtigsten Bestandteile des chinesischen Arbeitsrechts landesweit (und nicht nur regional) gelten, würden interne Kapitalverlagerungen wahrscheinlich im Wesentlichen zu Einkommenssteigerungen an den neuen Standorten und damit zu einem Abbau regionaler Ungleichheiten innerhalb von China führen, nicht aber zu einem inländischen (chinesischen) Wettlauf nach unten. Der Fall einer der von Lu Zhang untersuchten Automobilfirmen belegt diese Vermutung: Die bisher in einer kostenintensiven Region Chinas (berüchtigt für ihre „anspruchsvollen“ ArbeiterInnen) produzierende Firma eröffnete ihre neue Fabrik in einer anderen Region, in der die ArbeiterInnen billiger und fügsamer sein sollten. Kurz nachdem die neue Fabrik in Betrieb gegangen war, traten diese angeblich so duldsamen ArbeiterInnen in Streik und protestierten gegen die Bandgeschwindigkeit, willkürliche Entscheidungen der Vorgesetzten und die Tatsache, dass sie einen geringeren Lohn als die ArbeiterInnen an den alten Produktionsstandorten erhielten.⁷

Darüber hinaus wird die These „Wohin das Kapital geht, folgen die Konflikte nach“ durch jüngste Berichte aus dem Land bestätigt, das zum letzten Fluchtpunkt für billige Arbeitskraft suchende Investitionen geworden war – Vietnam. In der taiwanesischen Presse finden wir Berichte über eine „Streikexplosion“, von der ausländische Firmen in Vietnam in den Jahren 2007 und 2008 getroffen wurden. Unter den „taiwanesischen Geschäftsleuten“ (die in Vietnam die größte ausländische Investorengruppe stellen) wachse die „Angst“, weil sich in ihren Augen die Streiksituation „ständig verschlimmere“, und weil durch die Streiks vor allem die ArbeiterInnen ihre Situation verbessern können (*Lianhe News* 2008).

2.2 Technologischer Fix

Seit über einem Jahrhundert besteht eine der wichtigsten Antworten auf starke Arbeiterbewegungen darin, nach neuen Formen arbeitssparender Technologien

7 Aufzeichnungen aus der Feldforschung von Lu Zhang, Oktober 2006.

zu suchen, mit denen sich die Lohnsumme und die Abhängigkeit von der Kooperation der Belegschaften verringern lassen. Spät industrialisierende Länder tendieren dazu, selbst unter den Bedingungen eines Arbeitskräfteüberschusses die modernste (arbeitsparende) Technologie einzuführen. Dieses Missverhältnis zwischen Technologie und Arbeitskräfteangebot schwächt die Verhandlungsmacht der ArbeiterInnen am Arbeitsmarkt.

Der verringerte Arbeitskräftebedarf der modernen Industrie tritt heute in China klar zu Tage. Obwohl die industrielle Produktion in den letzten zwei Jahrzehnten stark angestiegen ist, stagniert die Industriebeschäftigung im Wesentlichen seit Mitte der 1990er Jahre. Besonders deutlich ist diese Entwicklung in der Automobilindustrie. Während die Fahrzeugproduktion von etwa einer Million im Jahr 1992 auf über sieben Millionen in 2006 anstieg, hat sich die Beschäftigung in der Autoindustrie kaum verändert. Ursache ist die „Verschlankung“ der Staatsbetriebe sowie der Import moderner Maschinerie und die Einführung tayloristischer und „schlanker“ Methoden der Produktionsorganisation (Zhang 2008).

Eine wichtige Frage ist, ob die sich daraus ergebende Schwächung der Marktmacht in nennenswertem Maße durch eine stärkere strukturelle Produktionsmacht ausgeglichen werden kann – also durch jene Verhandlungsmacht, über die ArbeiterInnen in hoch integrierten Produktionsprozessen verfügen, bei denen kleine begrenzte Unterbrechungen zu Störungen des gesamten Betriebs oder Produktionsflusses führen können. Die Produktionsmacht der chinesischen Arbeiter im Einzelnen zu analysieren, würde den Rahmen dieses Textes sprengen, aber die Befunde der Feldforschung weisen darauf hin, dass zumindest einige Arbeitergruppen in der Massenproduktion in hohem Maße über ein solches Störpotential verfügen. Nehmen wir als Beispiel einen der von Zhang untersuchten Automontagebetriebe, in dem versucht wurde, trotz eines sehr angespannten Verhältnisses zwischen ArbeiterInnen und Management Methoden der just-in-time-Produktion einzuführen. Wie an anderer Stelle erläutert wurde (Silver 2005: 92-94), nimmt die potenzielle Produktionsmacht der ArbeiterInnen in der just-in-time-Produktion zu. Diese Organisationsform beseitigt die im traditionellen fordistischen System enthaltenen Puffer, die eine Fortführung der Produktion bei Streiks oder anderen Störungen erlauben, die zu einer kurzfristigen Unterbrechung der Teilezulieferung ans Fließband führen. In dieser speziellen Automobilfirma waren die Beziehungen zum Management miserabel, was sich unter anderem in einer Vielzahl kleinerer Sabotageaktionen von Arbeiterseite niederschlug. Um einen reibungslosen Produktionsfluss zu gewährleisten, sah sich das Management schließlich gezwungen, sein Experiment mit den just-in-time-Methoden aufzugeben und zu einem System mit größeren Puffern in der Teilezulieferung zurückzukehren.⁸

8 Aufzeichnungen aus der Feldforschung von Lu Zhang, Januar 2008.

Nun haben Evans und Staveteig (2008) zu Recht darauf hingewiesen, dass nur ein geringer Prozentsatz der chinesischen ArbeiterInnen in der Industrie beschäftigt ist, und wir könnten hinzufügen, dass ein noch geringerer Teil in kapitalintensiven Industrien wie der Automobilproduktion arbeitet. Insoweit die Produktionsmacht in der kapitalintensiven Industrie ausgeprägter als in anderen Wirtschaftszweigen ist und insoweit die Kämpfe in der Industrie nur einem Teil der ArbeiterInnen zugutekommen, kann einen die hohe Produktionsmacht dieser Minderheit nicht gerade hoffnungsvoll stimmen, was die Perspektive einer allgemeinen Anhebung des proletarischen Lebensstandards betrifft. Aber diese (von Evans und Staveteig vorgebrachten) Überlegungen sind fragwürdig. Weder ist ausgemacht, ob die Produktionsmacht im Dienstleistungssektor eindeutig geringer ist als in der Industrie, noch ist geklärt, ob sich Kämpfe einer Minderheit, die zu massiven Störungen des Wirtschaftslebens führen, nur auf die sozialen Bedingungen dieser begrenzten Gruppe auswirken (siehe Silver 2005).

2.3 Produktzyklus und Produkt-„fix“

Klar ist aber, dass China erst in der Schlussphase des „Produktzyklus“ in die globale Konkurrenz um die Massenproduktion von Autos und anderen Industriegütern eingestiegen ist, d.h. in der „Standardisierungsphase“, in der diese Industriezweige bereits einem intensiven internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind und nur äußerst magere Profitspannen erzielen. Im Produktzyklusmodell von Vernon (1966) werden neu eingeführte Produkte in der Regel zunächst in Hochlohnländern produziert. Aber im Laufe ihres „Lebenszyklus“ wird ihre Produktion immer weiter an Standorte mit stets geringeren Kosten (insbesondere Lohnkosten) verlagert und verstreut. In der frühen, „innovativen“ Phase dieses Lebenszyklus ist der Konkurrenzdruck gering, weshalb Kosten kaum eine Rolle spielen. Sobald das Produkt aber seine „Reifephase“ und schließlich die „Standardisierungsphase“ erreicht, nimmt die Zahl der vorhandenen und potenziellen Wettbewerber und damit der Kostendruck zu. Wir hatten gesagt, dass die geografische Verlagerung der Produktion nicht geradewegs Löhne und Arbeitsbedingungen einem Wettlauf nach unten aussetzt, weil an jedem neuen bevorzugten Produktionsstandort neue Arbeiterklassen entstehen und sich mit der Zeit starke Arbeiterbewegungen herausbilden. Die Theorie des Produktzyklus hebt jedoch hervor, dass sich die Konkurrenzbedingungen mit jeder weiteren Phase dieses Zyklus verschärfen, wenn die Produktion geografisch verstreut und der Produktionsprozess zur Routine wird. Jede neue Runde geografischer Verlagerungen findet also unter völlig anderen Konkurrenzbedingungen statt. Monopolistische Extraprofite – oder was Joseph Schumpeter die „außerordentlichen Belohnungen“ nannte (1993: 123) – gehen an die innovativen Unternehmer. Aber mit jeder weiteren Phase des

Produktzyklus sinkt die Profitabilität. Zudem führt die Bevorzugung von Niedriglohnstandorten bei weiteren Expansionsschüben dazu, dass sich die Produktion zunehmend in Ländern mit einem niedrigen Wohlstandsniveau befindet. Dies wiederum wirkt sich gravierend darauf aus, welche Ergebnisse größere Wellen der Arbeiterunruhe zeitigen können – insbesondere auf die Frage, in welcher Form die Arbeiterbewegungen Klassenkompromisse erreichen können, in deren Rahmen sich die Kampferrfolge einigermaßen absichern lassen (Silver 2005: 103-126).

Um diesen Punkt zu verdeutlichen, wollen wir noch einmal auf die Analogie (oder in diesem Fall die Grenzen der Analogie) zu der Zeit in den USA nach dem New Deal zurückkommen. Die Streikwelle während der Amtszeit von Franklin D. Roosevelt mündete in den USA schließlich in einen „Sozialpakt“ zwischen Arbeit, Kapital und Staat, mit dem sich die Unternehmer (insbesondere im Bereich der industriellen Massenproduktion) auf die Anerkennung von Gewerkschaften und die regelmäßige Anhebung von Löhnen und Sozialleistungen im Zuge der Produktivitätssteigerung einließen. Im Gegenzug sollten die ArbeiterInnen (und ihre Gewerkschaften) ihren Unmut im Rahmen feststehender formaler Verfahren artikulieren und die unternehmerische Entscheidungsfreiheit in Bezug auf Produktionsorganisation und Standortpolitik respektieren. Dem Staat wiederum fiel die Aufgabe zu, diesem Tauschhandel förderliche makroökonomische Rahmenbedingungen zu schaffen, einschließlich einer geringen Arbeitslosenquote. Dieser Sozialpakt blieb in den USA für mehrere Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg bestehen, bis er in den 1980er Jahren ganz offen zerschlagen wurde. Dieser relativ langlebige Sozialpakt beruhte im Wesentlichen auf den „Monopolgewinnen“, die den Unternehmern der Massenproduktion in den USA während der „Innovationsphase“ Mitte des 20. Jahrhunderts zufielen.

Heute sind die Konkurrenzbedingungen für die meisten Industriezweige offensichtlich nicht so günstig. Während es den AutoarbeiterInnen in den USA gelungen war, ihre große Produktionsmacht über mehrere Jahrzehnte in steigende Löhne und umfangreichere Sozialleistungen zu übersetzen, mussten die chinesischen AutoarbeiterInnen mit einer vergleichbaren Produktionsmacht bisher stagnierende oder fallende Reallöhne hinnehmen (Zhang 2008: 30). Wenn wir die aktuellen Entwicklungen im Licht des Produktzyklus betrachten, können wir auch die Spannungen und Widersprüche besser verstehen, mit denen das oben erwähnte Automobilunternehmen konfrontiert war: Angesichts des Widerstands von ArbeiterInnen mit großer Produktionsmacht entschied sich die Firma, auf just-in-time-Methoden zu verzichten, d.h. sie konnte oder wollte bei ihren Bemühungen, die modernsten Organisationsformen in der Produktion einzusetzen, auf keine Weise die Kooperationsbereitschaft ihrer Arbeitskräfte gewinnen.

Begrifflich haben wir diese Dynamik in anderen erst spät industrialisierten

Ländern als die gesellschaftlichen „Widersprüche des semiperipheren Erfolgs“ gefasst. Aus einer entwicklungspolitischen Perspektive bedeutet dies für die meisten erfolgreichen Spätindustrialisierer, dass sie „schnell rennen müssen, um an derselben Stelle zu bleiben“ – das heißt „an derselben Stelle“ in der globalen Reichtumshierarchie (Silver 1990; Arrighi 1990; Böröcz 2009). Es steht allerdings keineswegs fest, ob auf diese Weise auch die heutige Entwicklung von China angemessen verstanden werden kann.

Erstens ist die Frage noch völlig offen, ob es China gelingen könnte, in der globalen Wertschöpfungshierarchie aufzusteigen. Sollte es dazu kommen, könnte die Analogie zum langfristig stabilen Sozialpakt zwischen Arbeit, Kapital und Staat in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg doch aufschlussreicher sein, als es zunächst scheinen mag. Auf diese Frage können wir hier nicht weiter eingehen; es sei lediglich darauf verwiesen, dass die chinesische Zentralregierung ganz bewusst enorme Summen in die Ausweitung der Hochschulausbildung investiert, um den „Sprung“ zu schaffen und an den monopolistischen Extraprofiten teilzuhaben, die in der Innovationsphase eines Produktzyklus gemacht werden können. Aber selbst wenn China dieser Sprung gelingen würde, wäre die reine Wiederholung des US-Modells eines verschwenderischen Massenkonsums aus ökologischen und anderen Gründen weder tragbar noch wünschenswert.

Das bringt uns zu der dringlichen (aber bis heute nicht zu beantwortenden) Frage, die Giovanni Arrighi (2007) in *Adam Smith in Beijing* aufgeworfen hat: Ob Chinas besonderes historisches Erbe – sowohl das revolutionäre Erbe der Mao-Zeit, wie die weit zurückreichende historische Erfahrung einer nichtkapitalistischen marktförmigen Entwicklung – noch Pfade der gesellschaftlichen Erneuerung eröffnet, die sich auf grundlegende Weise von der kapitalistischen Dynamik des 20. Jahrhunderts unterscheiden.

3. China und die ArbeiterInnen aller Länder

Wenn unsere im ersten Teil entwickelte These zutrifft, dass wir in China zurzeit eine bedeutende Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen Arbeiterklasse und Kapital erleben, was würde das für die ArbeiterInnen und die Arbeiterbewegungen in anderen Teilen der Welt bedeuten? In vielen Teilen der Welt herrscht die Vorstellung, mit einer besseren rechtlichen Stellung der ArbeiterInnen würde China seine Attraktivität als Ziel von ausländischen Direktinvestitionen auf dramatische Weise einbüßen. Die globalen Kapitalströme würden sich umkehren und die Probleme der Arbeiterbewegungen außerhalb von China wären größtenteils gelöst.

Diese Vorstellung ist problematisch. Das erste Problem haben wir bereits angesprochen: Die auf planmäßig entwickelten Industrieregionen und -netzwerken beruhenden Agglomerationseffekte, eine gesunde und qualifizierte

Arbeitsbevölkerung sowie die Größe des inneren Markts stellen selbst dann noch starke Anreize für Investitionen in China dar, wenn sich die Arbeitskosten deutlich erhöhen. Mit steigenden Reallöhnen würde der Anteil des chinesischen Markts am Weltmarkt weiter anwachsen und China würde als Investitionsziel sogar noch attraktiver werden.⁹

Natürlich *könnten* einige Länder des globalen Südens ihre Position verbessern, um ausländische Direktinvestitionen in arbeitsintensive Industrie anzulocken, die bisher nach China gegangen wären – obwohl, wie schon angedeutet, in keiner Weise ausgemacht ist, ob im 21. Jahrhundert die einseitige Ausrichtung auf Industriezweige, die sich in der letzten Phase des Produktzyklus befinden, noch ein gangbarer „Entwicklungs“-Pfad ist. Ein erfolgreicher Pfad könnte vielmehr darin bestehen, die aus den Rohstoffpreisen erzielten Extragewinne auf strategische Weise in langfristige Entwicklungsprojekte zu investieren. Denn das rasante Wirtschaftswachstum Chinas hat unter anderem dazu geführt, dass sich der säkulare Trend in den Terms of Trade zwischen primärem und sekundärem Wirtschaftssektor allgemein umgekehrt hat.

Als Konsumenten werden die ArbeiterInnen außerhalb Chinas von steigenden chinesischen Arbeitskosten massiv betroffen sein, weil damit die Grundlage des von den USA eingeführten (und in andere Länder exportierten) abgespeckten neoliberalen „Sozialpakts“ in Auflösung gerät. Gesellschaftlich verkraftbar war die Absenkung der Reallöhne in den USA nämlich nur aufgrund des massenhaften Imports billiger Konsumartikel aus China und des zugleich explodierenden Leistungsbilanzdefizits. Dieses Modell zerbröckelt gerade und das böse Wort von der „Stagflation“ macht die Runde; aber bisher ist noch nicht absehbar, ob es zu einer „sanften Landung“ kommen wird oder ob ein gesellschaftlich und politisch katastrophischer Zusammenbruch bevorsteht.¹⁰

Zweifellos ist die Auflösung dieses abgespeckten neoliberalen Sozialpakts eine gute Sache für die ArbeiterInnen auf der ganzen Welt, aber die AktivistInnen und Theoretiker der Arbeiterbewegung haben sich bisher nicht einmal ansatzweise mit der auf uns zukommenden politischen Dynamik auseinandergesetzt – geschweige denn, umfassendere Ideen zu neuen Organisationsformen der Arbeiterbewegung entwickelt. Ohne eine solche Neuorientierung besteht die große Gefahr, dass wir vom Regen in die Traufe kommen (siehe Arrighi/Silver 1999:

9 Ein zweites, hier nicht näher zu behandelndes Problem mit dieser Vorstellung besteht darin, dass die Schwierigkeiten der Arbeiterbewegungen außerhalb Chinas größtenteils auf die („unlautere“ oder „lautere“) chinesische Konkurrenz zurückgeführt werden. Wie Ruth Milkman (2006) für die USA gezeigt hat, setzte die Krise der industriellen Arbeiterbewegung schon vor dem Auftauchen der chinesischen Konkurrenz ein; außerdem entstanden *sweatshop*-Arbeitsbedingungen in Dienstleistungssektoren wie LKW-Transport und Gebäudereinigung, die keinem internationalen Konkurrenzdruck unterliegen.

10 Der Text wurde Ende 2008 verfasst. Seitdem ist es zu weiterer Arbeiterunruhe in China gekommen, die in einer jüngsten Streikwelle im Sommer 2010 gipfelte (vgl. den Beitrag von Butollo in diesem Heft).

271ff.). Zumindest müssten solche Strategien darauf vorbereiten, sich in einer politisch gefährlichen Zwischenzeit vom Zusammenbruch des Alten bis zur Entstehung des Neuen zurechtzufinden – oder anders gesagt, sie müssten sich strategisch auf das Szenario eines katastrophischen Zusammenbruchs vorbereiten (insofern sich darauf überhaupt vorbereiten lässt). Ein wichtiger Ausgangspunkt für solche Überlegungen wäre die Klärung des engen historischen Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des „Sozialstaats“ und des „Krieg führenden Staats“ im Westen, d.h. zwischen der Zunahme von Arbeitermacht und von Staatsmacht (Silver 2005: Kapitel 4). Trotz des gespannten Verhältnisses zwischen Staat und Arbeiterbewegung, zu dem die neoliberale Wende geführt hat, ist diese Verbindung nie völlig gekappt worden. Sollten wir uns tatsächlich inmitten einer grundlegenden Umverteilung des globalen Reichtums und der globalen Macht von Nord nach Süd und von West nach Ost befinden, dann bräuchten wir eine Art „Kulturrevolution“ im globalen Norden und Westen: einen Kulturkampf darum, dass eine gerechtere Weltordnung als Segen betrachtet wird und nicht als eine Bedrohung, die mit allen verfügbaren Mitteln bekämpft werden muss.

Übersetzung aus dem Amerikanischen von Christian Frings

Literatur

- Arrighi, Giovanni (1990): *The Developmentalist Illusion: A Reconceptualization of the Semiperiphery*. In: William G. Martin (Hg.): *Semiperipheral States in the World-Economy*, New York: Greenwood Press, 11-42.
- (2007): *Adam Smith in Beijing. Die Genealogie des 21. Jahrhunderts*. Hamburg: VSA.
- Arrighi, Giovanni; Silver, Beverly J. (1999): *Chaos and Governance in the Modern World System*, Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Böröcz, József (2009): *The „Rise of China“ and the Changing World Income Distribution*. In: Ho-fung Hung (Hg.): *China and the Transformation of Global Capitalism*, Baltimore: Johns Hopkins University Press, 86-108.
- Bradsher, Keith (2008): *Investors Seek Asian Options to Costly China*. In: *New York Times*, 18. Juni.
- Business Watch (2006): *Labour's Breakthrough at Wal-Mart*, 4. September, English translation.
- Chan, Anita (2006): *Organizing Wal-Mart: The Chinese Trade Union at a Crossroads*. In: *Japan Focus*, 8. September.
- Chan, Siu-sin und Daniel Kwan (2003): *Union's New Approach Puts Workers' Rights First*. In: *South China Morning Post*, 12. September.
- China Labour Bulletin (2007): *Migrant Workers Start to Win Significant Compensation Awards in the Courts*. In: *China Labour Bulletin*, 23. November, <http://www.china-labour.org.hk/en/node/50878> (abgerufen am 15. November 2008).
- ChinaTechNews.com (2007): *Investigation Arranged for Huawei's Labor*. In: *China Tech-News.com*, 6. November, <http://www.chinatechnews.com/2007/11/06/6056-investigation-arranged-for-huaweis-labor-issue> (abgerufen am 15. November 2008).
- Cody, Edward (2004): *In China, Workers Turn Tough: Spate of Walkouts May Signal New Era*. In: *Washington Post*, 27. November.
- Evans, Peter; Staveteig, Sarah (2008): *The Changing Structure of Employment in Contemporary China*. In: Deborah Davis; Wang, Feng (Hg.): *Creating Wealth and Poverty in Post-Socialist China*, Stanford, CA: Stanford University Press.

- Fong, Mei; Canaves, Sky (2008): Factories on China's South Coast Lose Their Edge: Thousands Close as Increased Costs Alter the Equation. In: *Wall Street Journal*, 22. Februar, S.22, A9.
- Global Labor Strategies (2007): The Battle for Labor Rights in China: New Developments. In: *Global Labor Strategies*, November, http://laborstrategies.blogs.com/global_labor_strategies/2007/11/the-battle-for.html (abgerufen am 15. November 2008).
- Lee, Ching Kwan (2007): *Against the Law: Labor Protests in China's Rustbelt and Sunbelt*, Berkeley: University of California Press.
- Lianhe News (2008): Strike Explosion in Vietnam. 20 Taiwanese Factories Stop Working. In: *Lianhe News* (Taipei, Taiwan), 28. April.
- People's Daily (2005): Building Harmonious Society Crucial for China's Progress: Hu. In: *People's Daily Online*, 27. June, http://english.peopledaily.com.cn/200506/27kng_20050627_192495.html (abgerufen am 15. November 2008; jetzt: <http://pk.chineseembassy.org/eng/zgxw/t203354.htm>, abgerufen am 20. September 2010).
- Piven, Frances Fox; Cloward, Richard A. (1986): *Aufstand der Armen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Schumpeter, Joseph (1993 [1950]): *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, 7. erweiterte Auflage, Tübingen/Basel: Francke Verlag UTB.
- Silver, Beverly J. (1990): The Contradictions of Semiperipheral Success: The Case of Israel. In: William G. Martin (Hg.), *Semiperipheral States in the World-Economy*, New York: Greenwood Press, 161-181.
- (2005): *Forces of Labor: Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin: Assoziation A.
- Vernon, Raymond (1966): International Investment and International Trade in the Product Cycle. In: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 80, Heft 2, 190-207.
- White, Chris (2007): China's New Labour Law: The Challenges of Regulating Employment Contracts. In: Evatt Foundation Papers, <http://evatt.org.au/publications/papers/193.html> (abgerufen am 15. November 2008).
- Xinhua (2008): Hu: China to Promote Sustainable Development, Protect Workers' Rights and Interests. In: *Xinhua*, 7. Januar.
- Zhang, Lu (2008): Lean Production and Labor Controls in the Chinese Automobile Industry in an Age of Globalization. In: *International Labor and Working-Class History*, Vol. 73 (Frühjahr), 24-44 (deutsche Übersetzung: Chinas Automobilindustrie – Schlanke Produktion und Kontrolle der ArbeiterInnen in einem Zeitalter der Globalisierung. In: Ngai, Pun, Lee, Ching Kwan u.a. (2010): *Aufbruch der zweiten Generation Wanderarbeit, Gender und Klassenzusammensetzung in China*, Berlin: Assoziation A, 50-78).
- (2009): *From Detroit to Shanghai? Globalization, Market Reform, and Dynamics of Labor Unrest in the Chinese Automobile Industry, 1980 to the Present*, Ph.D., Baltimore: Johns Hopkins University.